

**KRITISCHE BETRACHTUNG:** Hüttenfelds Ortsvorsteher Walter Schmitt ist aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten – aber der Druck kam auch aus der Bevölkerung

## Die Kehrseite der Bürgerbeteiligung

Von unserem Redaktionsmitglied Uwe Rauschelbach

**LAMPERTHEIM/HÜTTENFELD.** Politiker sind einem zunehmendem Druck ausgesetzt. Und die Tränen von Kanzlerkandidat Peer Steinbrück hat gewiss schon mancher ehrenamtliche Kommunalpolitiker geweint - wenn auch nicht öffentlich. Der Umgang der Medien mit Politikern mag einen Teil dazu beitragen, dass Volksvertretern immer wieder die Luft knapp wird. Aber eben nur einen Teil.

Der Rücktritt von Hüttenfelds Ortsvorsteher Walter Schmitt ist in erster Linie der Sorge um die eigene Gesundheit geschuldet. Die Achtung vor einer solchen Entscheidung gebietet es, solche Gründe zu respektieren. Doch wer die kommunalpolitische Szene im Stadtteil schon etwas länger beobachtet, kommt nicht umhin, auch andere Gründe anzunehmen. Gründe, die letztlich den Ausschlag gegeben haben mögen, nicht nur die eigene Gesundheit, sondern auch die persönliche Integrität durch den Rückzug ins Private zu retten.

In Hüttenfeld ringen zwei Bürgerinitiativen beziehungsweise Vereine mit Vertretern von Verwaltung, Politik und kommunalem Zweckverband gegen die Pläne zum Ausbau der Windenergie auf der ehemaligen Hüttenfelder Mülldeponie. Der Verein "Pro Hüttenfeld" und die Aktion "Gegenwind" positionieren sich in den Ortsbeiratssitzungen mit deutlichen, teilweise nicht mehr sachlichen Ansagen. Zu konstatieren sind vor diesem Hintergrund Versuche einer starken Einflussnahme auf die parlamentarischen Gremien.

### Den Pfad verlassen

Abzulesen war dies etwa an der Diskussion in der jüngsten Ortsbeiratssitzung zur Windenergie. Hier hat SPD-Fraktionsmitglied Adam Ackermann Kritikpunkte in einen Antrag gegossen, die so auch von den Gegnern des Windenergieprojekts vorgebracht werden. Der Antrag wurde vom Ortsbeirat mehrheitlich in den Magistrat empfohlen. Problematisch daran ist nicht, dass gewählte Volksvertreter sich mit den Sorgen von Bürgern identifizieren, sondern dass die SPD im Ortsbeirat den Pfad verlassen hat, den die Sozialdemokraten im Stadtparlament vorgegeben haben. Und das offensichtlich unter dem Druck von Teilen der Hüttenfelder Bürgerschaft.

In Zeiten des lautstarken Rufes nach mehr Bürgerbeteiligung zeigt sich hin und wieder auch die Dialektik dieser Bewegung. Sie äußert sich in der destruktiven Kehrseite der ursprünglich als konstruktiv zu verstehenden Mitwirkung. Destruktiv deshalb, da sie das Selbstverständnis der Politik untergräbt. Politik ist nicht Wunscherfüllungsprogramm und Politiker sind nicht dann Versager, wenn sie nicht alle Wünsche erfüllen. In Hüttenfeld scheint die Inanspruchnahme von ehrenamtlichen Kommunalpolitikern für solche Zwecke aber ein Maß erreicht zu haben, das Anlass zu Besorgnis gibt. Politiker, die als Ortsbeiräte noch nicht einmal über exekutive Rechte verfügen, sondern lediglich empfehlende Beschlüsse fassen können. Und die - zumindest im Fall der Hüttenfelder Mülldeponie - schon gar nicht dafür verantwortlich zu machen sind, was im wichtigsten Entscheidungsgremium des ZAKB - der Verbandsversammlung - beschlossen wird.

Wenn Hüttenfelder Kommunalpolitiker Angst haben, auf der Straße in die Mangel genommen oder gar beschimpft zu werden, dann gilt es, Alarm zu schlagen. Und dann müssen sich Bürgerinitiativen fragen lassen, ob sie mit ihrem Anspruch auf Partizipation nicht übers Ziel hinausgeschossen sind. Aber auch, warum einige ihrer hartnäckigen Wortführer partout nicht bereit sind, mit einem politischen Mandat selbst Verantwortung zu übernehmen. In Hüttenfeld scheint es höchste Zeit, sich zu besinnen und den Konsens der politischen Repräsentation nicht länger durch Misstrauen, Häme und manipulative Einflussnahme infrage zu stellen. Derlei Strömungen gefährden die Demokratie als solche. Ihnen muss man Einhalt gebieten.

Dem künftigen Ortsvorsteher und seinen Mitstreitern im Ortsbeirat darf man vor diesem Hintergrund ein

starkes Rückgrat wünschen. In Hüttenfeld wird nicht nur um ein Windrad gestritten. Es stehen auch Errungenschaften des repräsentativen Systems auf dem Spiel, in der nicht das Recht des Stärkeren, sondern der Ausgleich von Interessen an oberster Stelle stehen muss. Ohne die Akzeptanz des Primats der Politik und ohne Einsicht in die Notwendigkeit von Kompromissen wird das ehrenamtliche kommunalpolitische Engagement in Zukunft zu einem unzumutbaren Vabanquespiel.

© Südhessen Morgen, Dienstag, 25.06.2013